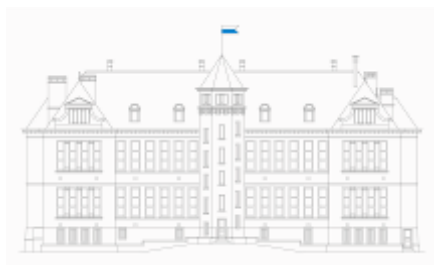


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

STAND DER UMSETZUNG DER ERKLÄRUNG DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DES EURORAUMS ZUR STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION VOM 09.12.2011

Die Staats- und Regierungschefs des Euroraums hatten im Rahmen der Sitzung des Europäischen Rates (ER) vom 08./09.12.2011 eine Erklärung zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion abgegeben. Zentrale Ziele sind die Etablierung einer Stabilitätsunion und die Stärkung der wirtschaftlichen Säule der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 09.12.2011 enthält u. a. die Aussage, dass die EU-Mitgliedstaaten prüfen, ob für den IWF zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu 200 Mrd. € in Form von bilateralen Darlehen bereitgestellt werden. In einer am 19.12.2011 veröffentlichten Erklärung bekräftigen die Finanzminister des Euroraums, dem IWF zusätzliche Mittel in Höhe von 150 Mrd. € über bilaterale Darlehen zur Verfügung zu stellen. Auf Deutschland entfallen 41,5 Mrd. €. Von den übrigen EU-Mitgliedstaaten haben Tschechien, Dänemark, Polen und Schweden ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, sich zu beteiligen. Das Vereinigte Königreich wird über seinen Beitrag erst Anfang 2012 im G 20-Kontext entscheiden. Ob und inwieweit sich andere G 20-Staaten an der Mittelaufstockung beteiligen, steht ebenfalls noch nicht fest. Die in Deutschland nach dem IWF-Gesetz verantwortliche Bundesbank hatte sich zwar grundsätzlich zur Mittelaufstockung bereit erklärt, dabei aber eine angemessene Beteiligung von EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums sowie von Nicht-EU-Mitgliedstaaten zur Bedingung gemacht. Da die von Deutschland und Frankreich angestrebten Vertragsänderungen im Kreise der Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten nicht durchgesetzt werden konnten, haben sich die 17 Mitgliedstaaten des Euroraums am 09.12.2011 darauf verständigt, zunächst ein gesondertes internationales Abkommen abzuschließen. Inzwischen liegt ein erster Entwurf für das Abkommen vor. Der Entwurf ist konzipiert als eigenständiges Abkommen, nicht als Ergänzung des ESM-Vertrages. Ziel ist, den Vertragstext bis Ende Januar 2012 fertigzustellen. Der Vertrag soll spätestens im März 2012 unterzeichnet werden.



EUROPÄISCHER RAT VERSCHIEBT ENTSCHEIDUNG ÜBER KANDIDATENSTATUS FÜR SERBIEN UND AUFNAHME VON VERHANDLUNGEN MIT MONTENEGRO

Nach dem informellen Abendessen des Europäischen Rats (ER) am 08.12.2011, das mit der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Eurozone zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion endete, und der Zeremonie zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrags mit Kroatien (Berichte über beide Ereignisse bereits im letzten EB) am Vormittag des 09.12.2011 schloss sich eine reguläre Sitzung des ER an. Die Entscheidung über den Kandidatenstatus für Serbien, den die Kommission in ihrem Fortschrittsbericht vom 12.10.2011 vorgeschlagenen hatte (EB 17/11), wurde auf 2012 vertagt. Der ER bescheinigte Serbien zwar beträchtliche Fortschritte. Auch den inzwischen wieder aufgenommenen Dialog mit dem Kosovo begrüßte der ER. Da dies jedoch erst Anfang Dezember geschah, soll das Engagement Serbiens noch weiter verfolgt werden. Auch Montenegro, das bereits im Dezember 2010 den Kandidatenstatus erhalten hatte (EB 22/10), bekam vom ER noch nicht das erhoffte grüne Licht für die rasche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Sie sollen erst im Juni 2012 beginnen, sofern Montenegro bis dahin von der Kommission weitere Reformfortschritte attestiert bekommt.

EP-PLENUM VOM 12. - 15.12.2011 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE

DEBATTE ZUM ERGEBNIS DES EUROPÄISCHEN RATS VOM
08./09.12.2011

Der Präsident des Europäischen Rats, *Van Rompuy*, und Kommissionspräsident *Barroso* stellten die Ergebnisse des ER vor und würdigten die in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Eurozone enthaltenen Maßnahmen als weitere wichtige Schritte zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise. Beide unterstützten die geplante neue vertragliche Vereinbarung der 17 Eurostaaten und voraussichtlich neun weiteren Mitgliedstaaten. Sie machten gleichzeitig aber deutlich, dass sie ein gemeinsames Vorgehen aller 27 Mitgliedstaaten bevorzugt hätten. Die Ergebnisse des ER wurden in der anschließenden Debatte kontrovers diskutiert. Die britische Haltung und die Rolle von Premierminister *David Cameron* wurde von vielen Abgeordneten teilweise scharf kritisiert.

Rede von Präsident *Van Rompuy*:



http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/126848.pdf

Rede von Präsident *Barroso*:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/880&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EP BENNENT VERTRETER FÜR VERHANDLUNGEN ÜBER NEUE VEREINBARUNG

An den Verhandlungen über die geplante Vereinbarung, mit der die 17 Eurostaaten und bis zu neun weitere Mitgliedstaaten bis März 2012 einen neuen fiskalpolitischen Pakt schließen wollen, wird das EP mit drei Vertretern teilnehmen: MdEP *Elmar Brok* (EVP), *Roberto Gualtieri* (S&D/ITA) und ALDE-Fraktionschef *Guy Verhofstadt* (BEL) werden an den zwischenstaatlichen Verhandlungen beteiligt.

BILANZ DER POLNISCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT GEWÜRDIGT

Viel Lob erhielt Polens Regierung in einer Debatte zum Ende der polnischen Präsidentschaft. Ministerpräsident *Tusk* zeigte sich ebenfalls zufrieden, betonte aber, Europa stehe am Scheideweg. Er sei auch über Ressentiments gegen das Vereinigte Königreich besorgt.

ZUSTIMMUNG ZUR NEUORIENTIERUNG DER EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFTS-POLITIK

Das EP nahm zur Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) Stellung, die die Kommission und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik mit der Mitteilung „Eine neue Antwort auf eine Nachbarschaft im Wandel“ vom 25.05.2011 eingeleitet hat (EB 11/11). Die Abgeordneten begrüßten, dass Unterstützung durch die EU verstärkt an die Erfüllung von Anforderungen geknüpft und die individuellen Fortschritte der Partnerländer mehr als früher über die Unterstützung seitens der EU entscheiden sollen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0576+0+DOC+XML+V0//DE>



FORDERUNG NACH VERTIEFUNG DER PARTNERSCHAFT MIT RUSSLAND UND NACH WIEDERHOLUNG DER RUSSISCHEN PARLAMENTSWAHLEN

In einer Resolution zum EU-Russlandgipfel (Bericht dazu: siehe unten) hebt das EP die Bedeutung der Partnerschaft hervor und verlangt eine Beschleunigung der Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Den WTO-Beitritt Russlands und den Fahrplan für Verhandlungen zur gegenseitigen Abschaffung der Visumpflicht begrüßt das EP. Zudem hebt es die Bedeutung der Energiepartnerschaft mit Russland hervor. Sehr kritisch ist die Resolution des EP vom 14.12. 2011 zu den Duma-Wahlen in Russland vom 04.12.2011; das EP fordert Neuwahlen. Auch zur Menschenrechtssituation in Russland zeigt es sich besorgt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0575+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN>

SACHAROW-PREIS AN FÜNF AKTIVISTEN DES ARABSICHEN FRÜHLING

Seit 1988 verleiht das EP den Preis für die Verteidigung der Menschenrechte (Sacharow-Preis) jährlich an Personen oder Organisationen, die sich in außergewöhnlicher Weise für Menschenrechte und Grundfreiheiten einsetzen. In diesem Jahr zeichnet der Preis die Volksbewegungen in nordafrikanischen und arabischen Staaten aus. Stellvertretend ging er postum an den Tunesier *Mohamed Bouazizi*, der durch seine Selbstverbrennung als Auslöser der Volksbewegungen gilt, sowie an eine ägyptische Aktivistin, einen libyschen Widerstandskämpfer und eine Anwältin und einen Karikaturisten aus Syrien.

<http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/002398d833/Sakharov-Prize-for-Freedom-of-Thought.html>

EVP UND GRÜNE BESTIMMEN IHRE FRAKTIONSFÜHRUNGEN NEU

Im Vorfeld der zur Halbzeit der Legislaturperiode anstehenden Neuwahl des EP-Präsidiums im Januar 2012 hat die EVP-Fraktion ihre Führungsspitze neu gewählt. Der Fraktionsvorsitzende *Joseph Daul* (FRA) wurde ebenso mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt wie der niederbayerische MdEP *Manfred Weber*, der dabei die meisten Stimmen der insgesamt zehn stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden auf sich vereinigen konnte. Auch die beiden Fraktionschefs der Grünen/EFA, *Rebecca Harms* (DEU) und der in Frankreich gewählte



Daniel Cohn-Bendit, wurden in ihren Ämtern bestätigt. *Reinhard Bütikofer* (DEU) wurde zu einem der sieben stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

WEITERE BESCHLÜSSE WÄHREND DER PLENARWOCHE

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

ERWEITERUNG: VIER VERHANDLUNGSKAPITEL MIT ISLAND GESCHLOSSEN

Bei einem Treffen zwischen den Mitgliedstaaten und Island im Rahmen der sog. Beitrittskonferenz am 12.12.2011 wurden fünf neue Kapitel (Gesellschaftsrecht; Haushalt und Finanzvorschriften; Justiz- und Grundrechte; Transeuropäische Netze; Unternehmen- und Industriepolitik) eröffnet. Alle genannten Kapitel mit Ausnahme des Haushalts konnten nach einer Verhandlungsrunde am gleichen Tag bereits vorläufig geschlossen werden. Damit wurden bisher elf der 35 Kapitel eröffnet und acht vorläufig geschlossen.

EU-RUSSLANDGIPFEL IN BRÜSSEL

Der Präsident des Europäischen Rats, *Van Rompuy*, und Kommissionspräsident *Barroso* haben den russischen Präsidenten *Medwedew* am 15.12.2011 zum jährlichen EU-Russland-gipfel empfangen. Im Mittelpunkt standen wirtschafts- und handelspolitische Themen, Fragen der Beziehungen zwischen der EU und Russland und außenpolitische Fragen. *Medwedew* kündigte einen Beitrag zur Überwindung der Schuldenkrise in einigen Eurostaaten an. *Barroso* gab bekannt, dass man Voraussetzungen und Kriterien für eine mögliche gegenseitige Visumsfreiheit vereinbart habe. *Van Rompuy* berichtete vor der Presse, dass man auch eine „ehrliche Diskussion“ über die Duma-Wahlen geführt habe. Die EU sei angesichts von Berichten über Ungereimtheiten und einen Mangel an Fairness besorgt. *Medwedew* wies die kritische Resolution des EP vom 14.12.2011 zu den Duma-Wahlen (Bericht: siehe oben) zurück.

KOMMISSION SCHLÄGT REFORM DES DIENSTRECHTS FÜR EU-MITARBEITER VOR

Die Kommission hat am 13.12.2011 Änderungen am Dienstrecht der EU-Mitarbeiter vorgeschlagen. Der Kommissionsvorschlag beinhaltet u. a. einen Personalabbau um 5 % in allen EU-Organen zwischen 2013 und 2017, die



Erhöhung der Mindestwochenarbeitszeit von 37,5 auf 40 Stunden, die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 63 auf 65 und die Einschränkung von Vorruhestandsregelungen. Neu geregelt werden soll auch die Methode zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge (s. hierzu Bericht des StMF in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

JI-RAT AM 13./14.12.2011: INNENPOLITIK

- Zustimmung zu den PNR-Abkommen mit den USA und Australien.
- Schengen: Liechtenstein wird 26. Mitglied, Beitritt Bulgariens und Rumäniens weiter ungewiss.
- Schlussfolgerungen zur Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres im Rahmen der östlichen Partnerschaft.

EP-PLENUM VOM 12.-15.12.2011: INNENPOLITIK

- „Rahmenrichtlinie Arbeitnehmerrechte“ angenommen.
- Entschließung zu den künftigen Herausforderungen der Politik der EU zur Terrorismusbekämpfung.

KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE ZUR REFORM DES VERGABERECHTS VOR

Am 20.12.2011 hat die Kommission eine umfassende Reform des Vergaberechts vorgeschlagen und Entwürfe für eine Vergaberichtlinie sowie eine Richtlinie zur Auftragsvergabe im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor vorgelegt. Mit den neuen Vorschriften soll Behörden und Lieferanten in Europa eine transparente und wettbewerblich organisierte Auftragsvergabe so leicht wie möglich gemacht werden, um Beschaffungen zum besten Preis-Leistungs-Verhältnis zu tätigen. Oberstes Ziel der neuen Vorschriften soll eine Vereinfachung und Flexibilisierung der Vergaberegeln und -verfahren sein. Zudem soll der Zugang insbesondere der KMU zu öffentlichen Aufträgen erleichtert werden. Gleichzeitig soll eine qualitativ bessere Verwendung der öffentlichen Auftragsvergabe erleichtert werden.



Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1580&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR KONZESSIONSRICHTLINIE VOR

Die Kommission hat am 20.12.2011 im Rahmen der Revision des Vergaberechts auch einen Entwurf für eine Konzessionsrichtlinie vorgelegt. Mit dem Legislativvorschlag möchte die Kommission einen klaren rechtlichen Rahmen für die Vergabe von Konzessionen sicherstellen und einen effektiven Marktzugang für alle europäischen Unternehmen, vor allem aber für KMU garantieren. Der Richtlinienentwurf, der sowohl Bau- als auch Dienstleistungskonzessionen umfasst, zielt auf die Regelung des Verfahrens zur Konzessionsvergabe ab. Die zuvor zu treffende Entscheidung, ob die geplante öffentlich-private Zusammenarbeit im Wege einer Konzession oder auf eine andere Art und Weise geregelt werden soll, wird von dem Vorschlag nicht erfasst

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1580&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSIONSVORSCHLAG ZUM EUROPÄISCHEN GRENZ- ÜBERWACHUNGSSYSTEM

Die Kommission hat am 12.12.2011 einen weiteren Vorstoß zur Stärkung der Sicherung der EU-Außengrenzen unternommen und die Einrichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR) vorgeschlagen. Das System soll die Koordinierung innerhalb der Mitgliedstaaten sowie zwischen ihnen verstärken und auf diese Weise schwere Kriminalität wie Drogen- und Menschenhandel verhindern und die Zahl der Migranten, die auf See ums Leben kommen, erheblich senken.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1528&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

RICHTLINIENVORSCHLAG ZUR VERBESSERUNG DES KONSULARISCHEN SCHUTZES FÜR UNIONS-BÜRGER IN DRITTSTAATEN

Die Kommission hat am 14.12.2012 den Vorschlag einer Richtlinie über den konsularischen Schutz von Unionsbürgern vorgelegt. Damit soll die Unterstüt-



zung für EU-Bürger, die bei Auslandsreisen in Krisensituationen oder in sonstige Notsituationen geraten, verstärkt werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Konsularstellen soll erleichtert und das Recht der Unionsbürger auf konsularischen Schutz gestärkt werden. Außerdem hat die Kommission eine interaktive Website zum Thema konsularischer Schutz eingerichtet, auf der die Adressen sämtlicher Botschaften und Konsulate der EU-Mitgliedstaaten in Drittländern abgerufen werden können.

Richtlinienentwurf:

http://ec.europa.eu/justice/citizen/files/consular-protection_de.pdf

Website zum konsularischen Schutz:

<http://ec.europa.eu/consularprotection/index.action>

EUGH: DATENSCHUTZRICHTLINIE REGELT VORAUSSETZUNGRN FÜR DATENVERARBEITUNG ABSCHLIESSEND

Der EuGH hat in einem Urteil vom 24.11.2011 darauf hingewiesen, dass die Datenschutzrichtlinie nicht auf eine Mindestharmonisierung der nationalen Datenschutzvorschriften beschränkt ist, sondern zu einer umfassenden Harmonisierung führt. Die in Art. 7 der Datenschutzrichtlinie aufgeführte Liste der Fälle, in denen eine Datenverarbeitung als rechtmäßig angesehen werden kann, ist daher „erschöpfend“ und „abschließend“. Eine nationale Regelung ist demnach unzulässig, wenn sie „kategorisch und verallgemeinernd“ die Datenverarbeitung ausschließt.

Urteilstext:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=115205&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=711512Link>

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR ÜBERARBEITUNG DER BERUFS- ANERKENNUNGSRICHTLINIE VOR

Die Kommission hat am 19.12.2011 einen Vorschlag für die Revision der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (RL 2005/36/EG) von 2005 vorgelegt. Zu den Schwerpunkten des Vorschlags gehört u. a. auch eine Anpassung der Mindestausbildungszeiten für Architekten auf mindestens sechs Jahre (s. hierzu auch Bericht des StMAS und des StMUG in diesem EB).



Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

JI-RAT AM 13./14.12.2011 IN BRÜSSEL

Der JI-Rat am 13./14.12.2011 in Brüssel behandelte eine große Zahl von rechtspolitischen Dossiers, von denen mehrere mit einer allgemeinen Ausrichtung deutlich vorangebracht werden konnten (vor allem die Europ. Ermittlungsanordnung). Beim Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht zeigte sich deutlicher Widerstand im Rat.

- Verordnung über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (im Folgenden: Erbrechtsverordnung)
- Überarbeitung der Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (EuGVO)
- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht (GEK)
- Richtlinie über die Europäische Ermittlungsanordnung (EEA)
- Richtlinie über Mindeststandards für die Rechte und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie für die Opferhilfe
- Richtlinie über das Recht auf Rechtsbeistand in Strafverfahren und das Recht auf Kontaktaufnahme bei der Festnahme
- Justizprogramm (2014-2020); Programm „Rechte und Unionsbürgerschaft“ (2014-2020)
- Ausblick auf die dänische Präsidentschaft.

PLENARSITZUNG DES EP VOM 12. - 15.12.2011 IN STRASSBURG

- Annahme der Europäischen Schutzanordnung
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/11/st14/st14471.en11.pdf>
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2011-0435+0+DOC+PDF+V0//DE>
- Bürokratieentlastung für Kleinunternehmen



<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/home.html#>

- Recht auf Belehrung in Strafverfahren
- Entschließung des EP zu den Haftbedingungen in der EU

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/home.html#>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

STAND DER UMSETZUNG DER ERKLÄRUNG DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DES EURORAUMS ZUR STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION VOM 09.12.2011

Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 09.12.2011 enthält u. a. die Aussage, dass die EU-Mitgliedstaaten prüfen, ob für den IWF zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu 200 Mrd. € in Form von bilateralen Darlehen bereitgestellt werden. In einer am 19.12.2011 veröffentlichten Erklärung bekräftigen die Finanzminister des Euroraums, dem IWF zusätzliche Mittel in Höhe von 150 Mrd. € über bilaterale Darlehen zur Verfügung zu stellen. Auf Deutschland entfallen 41,5 Mrd. €. Von den übrigen EU-Mitgliedstaaten haben Tschechien, Dänemark, Polen und Schweden ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, sich zu beteiligen. Das Vereinigte Königreich wird über seinen Beitrag erst Anfang 2012 im G 20-Kontext entscheiden. Ob und inwieweit sich andere G 20-Staaten an der Mittelaufstockung beteiligen, steht ebenfalls noch nicht fest. Die in Deutschland nach dem IWF-Gesetz verantwortliche Bundesbank hatte sich zwar grundsätzlich zur Mittelaufstockung bereit erklärt, dabei aber eine angemessene Beteiligung von EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums sowie von Nicht-EU-Mitgliedstaaten zur Bedingung gemacht. Da die von Deutschland und Frankreich angestrebten Vertragsänderungen im Kreise der Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten nicht durchgesetzt werden konnten, haben sich die 17 Mitgliedstaaten des Euroraums am 09.12.2011 darauf verständigt, zunächst ein gesondertes internationales Abkommen abzuschließen. Inzwischen liegt ein erster Entwurf für das Abkommen vor. Der Entwurf ist konzipiert als eigenständiges Abkommen, nicht als Ergänzung des ESM-Vertrages. Ziel ist, den Vertragstext bis Ende Januar 2012 fertigzustellen. Der Vertrag soll spätestens im März 2012 unterzeichnet werden.

http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/127062.pdf

<http://www.europeanvoice.com/GED/00020000/28000/28035.pdf>



KOMMISSION SCHLÄGT MASSNAHMEN ZUR BESEITIGUNG VON PROBLEMEN BEI DER GRENZÜBERGREIFENDEN BESTEUERUNG VON ERBSCHAFTEN VOR

Die Kommission hat am 15.12.2011 eine Mitteilung, eine Empfehlung und ein Arbeitsdokument zu den bei der grenzübergreifenden Besteuerung von Erbschaften bestehenden Problemen veröffentlicht. Mit der Empfehlung zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Erbschaften bietet die Kommission Lösungen für Erbschaftsteuerfälle an, in denen mehrere Mitgliedstaaten Besteuerungsrechte haben. Im Arbeitsdokument legt die Kommission Grundsätze für eine nichtdiskriminierende Erbschaft- und Schenkungsteuer dar. Damit sollen die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, das nationale Recht in Einklang mit EU-Recht zu bringen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1551&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

BERUFUNG EINES NEUEN MITGLIEDS DES DIREKTORIUMS DER EZB

Der Europäische Rat (ER) hat am 19.12.2011 im schriftlichen Verfahren beschlossen, den bisherigen Chefvolkswirt im französischen Finanzministerium, *Benoît Coeuré*, ab 01.01.2012 für eine Amtszeit von acht Jahren als Mitglied des Direktoriums der EZB zu ernennen. *Coeuré* wird die Nachfolge von EZB-Direktoriumsmitglied *Lorenzo Bini Smaghi* (Italien) antreten, der Ende des Jahres aus der EZB ausscheidet und in die Wissenschaft wechselt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/127052.pdf

LEGISLATIVPAKET ZUR WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG TRITT IN KRAFT

Am 13.12.2011 ist das Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung (sog. „SIX PACK“) in Kraft getreten. Das Legislativpaket besteht aus sechs Legislativakten, mit dem der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft und ein Instrumentarium zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/898&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de>



KOMMISSION SCHLÄGT REFORM DES DIENSTRECHTS FÜR EU-MITARBEITER VOR

Die Kommission hat am 13.12.2011 Änderungen am Dienstrecht der EU-Mitarbeiter vorgeschlagen. Dies soll langfristig zu Einsparungen von über einer Milliarde € jährlich führen. Der Kommissionsvorschlag beinhaltet u. a. einen Personalabbau um 5 % in allen EU-Organen zwischen 2013 und 2017, die Erhöhung der Mindestwochenarbeitszeit von 37,5 auf 40 Stunden, die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 63 auf 65 und die Einschränkung von Vorruhestandsregelungen. Neu geregelt werden soll auch die Methode zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1532&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/907&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EP BILLIGT NACHFINANZIERUNG DES FORSCHUNGSREAKTOR-PROJEKTS ITER

Das EP hat am 13.12.2011 die Nachfinanzierung des Forschungsreaktorprojekts ITER in Höhe von insgesamt 1,3 Mrd. € gebilligt. Vorausgegangen waren langwierige Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und EP. Im Zuge der Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 ist strittig, ob Großprojekte wie ITER künftig außerhalb des eigentlichen Finanzrahmens finanziert werden sollen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111212IPR33903/html/EP-agrees-on-%E2%82%AC1.3-billion-for-nuclear-fusion-research-\(ITER\)-in-2012-2013](http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20111212IPR33903/html/EP-agrees-on-%E2%82%AC1.3-billion-for-nuclear-fusion-research-(ITER)-in-2012-2013)

NEUE BETRUGSBEKÄMPFUNGSPROGRAMME ZUM SCHUTZ DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EU BIS 2020

Die Kommission hat am 19.12.2011 zwei Vorschläge für die Betrugsbekämpfungsprogramme Hercule III und Pericles 2020 vorgelegt. Diese sollen im Januar 2014 beginnen und – wie der nächste Mehrjährige Finanzrahmen – eine Laufzeit von sieben Jahren haben. Das Hercule-Programm III dient der Bekämpfung von Betrug, Korruption und sonstiger gegen die finanziellen Interessen der EU gerichteter rechtswidriger Handlungen. Das Pericles-Programm 2020 ist ein Aktionsprogramm zum Schutz des Euro gegen Geld-



fälschung.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1561&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

NEUER BEIHILFERECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE FINANZIERUNG VON DASEINSVORSORGELEISTUNGEN

Am 20.12.2011 hat die Kommission ein Paket mit neuen beihilferechtlichen Bestimmungen zur Finanzierung von „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (DAWI) vorgelegt. Mit der Überarbeitung soll der Rechtsrahmen einfacher und klarer werden. Als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes will die Kommission die Behandlung kleiner und lokaler Vorgänge gegenüber großen Beihilfebeträgen zudem stärker differenzieren. Das Paket besteht – neben einer erläuternden Mitteilung – aus einem Beschluss über die Freistellung bestimmter Beihilfen zur DAWI-Finanzierung von der Notifizierungspflicht sowie aus einem Rechtsrahmen, der die Genehmigungsvoraussetzungen für DAWI-Beihilfen enthält, die nicht von der Notifizierungspflicht freigestellt sind. Darüber hinaus schlägt die Kommission eine besondere Verordnung über De-Minimis-Beihilfen zur DAWI-Finanzierung vor (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1571&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ÄNDERUNG DER RICHTLINIE ÜBER DIE ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN: KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE VOR

Die Kommission hat am 19.12.2011 ihre Vorschläge zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen vorgelegt. Damit will die Kommission die Vorschriften für die EU-weite Mobilität von Berufstätigen vereinfachen. Einer der Kernpunkte des Vorschlags betrifft die Einführung eines Europäischen Berufsausweises, der interessierten Berufsangehörigen die Möglichkeit geben soll, ihre Qualifikationen leichter und schneller anerkennen zu lassen (s. auch Beitrag des StMAS in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/policy_developments/index_de.htm



NEUE ENTWICKLUNGEN IN DER KOHÄSIONSPOLITIK: AUSSPRACHE IM RAT FÜR ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN, ANNAHME DER VERORDNUNG ZUR ANHEBUNG DER EU-FINANZIERUNGSSÄTZE FÜR KRISEN-LÄNDER UND ZUM EINSATZ VON FINANZINSTRUMENTEN, BERICHTE ÜBER DEN WIRTSCHAFTLICHEN, SOZIALEN UND TERRITORIALEN ZUSAMMENHALT (SIEBTER ZWISCHENBERICHT) UND ZUR BESSEREN EINBEZIEHUNG VON UNIVERSITÄTEN IN DIE REGIONALENTWICKLUNG

Am 16.12.2011 hat der Rat für Allgemeine Angelegenheiten im Format der für Regionalpolitik zuständigen Minister die Kommissionsvorschläge zur zukünftigen Ausgestaltung der Kohäsionspolitik in der Periode 2014 - 2020 behandelt (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/127027.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1527&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/interim7/interim7_en.pdf

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/universities2011/universities2011_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE ZUR REFORM DES VERGABERECHTS VOR

Am 20.12.2011 hat die Kommission eine umfassende Reform des Vergaberichts vorgeschlagen und Entwürfe für eine Vergaberichtlinie sowie eine Richtlinie zur Auftragsvergabe im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor vorgelegt. Oberstes Ziel der neuen Vorschriften ist eine Vereinfachung und Flexibilisierung der Vergaberegeln und -verfahren. Zudem müsse der Zugang insbesondere der KMU zu öffentlichen Aufträgen erleichtert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1580&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR KONZESSIONSRICHTLINIE VOR

Die Kommission hat am 20.12.2011 im Rahmen der Revision des Vergaberechts – trotz Widerstands des EP und einiger Mitgliedstaaten – einen Entwurf für eine Konzessionsrichtlinie vorgelegt. Mit dem Legislativvorschlag möchte die Kommission einen klaren rechtlichen Rahmen für die Vergabe von Konzessionen sicherstellen, für die bisher – mit Ausnahme der Baukonzessionen, die bisher in der Vergaberichtlinie 2004/17/EG geregelt sind – lediglich ein allgemeines Transparenzgebot aus dem europäische Primärrecht gilt. Daher blieben Rechtsfragen oft der gerichtlichen Klärung durch den EuGH vorbehalten. Der Richtlinienentwurf sieht einen Schwellenwert von 5 Mio. € vor. Wird er überschritten, sollen sowohl Bau- als auch Dienstleistungskonzessionen bestimmten Verfahrensbestimmungen unterworfen sein. Jedoch soll nicht das gesamte formale Vergaberecht aus der allgemeinen und der sektoralen Richtlinie zur Anwendung kommen. Dessen Modernisierung hat die Kommission am selben Tag mit weiteren Vorschlägen eingeleitet (s. eigener Bericht in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1580&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

NEUER BEIHILFERECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE FINANZIERUNG VON DASEINSVORSORGELEISTUNGEN

Am 20.12.2011 hat die Kommission ein Paket mit neuen beihilferechtlichen Bestimmungen zur Finanzierung von „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (DAWI) vorgelegt. Mit der Überarbeitung soll der Rechtsrahmen einfacher und klarer werden. Als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes will die Kommission die Behandlung kleiner und lokaler Vorgänge gegenüber großen Beihilfebeträgen zudem stärker differenzieren. Das Paket besteht – neben einer erläuternden Mitteilung – aus einem Beschluss über die Freistellung bestimmter Beihilfen zur DAWI-Finanzierung von der Notifizierungspflicht sowie aus einem Rechtsrahmen, der die Genehmigungsvoraussetzungen für DAWI-Beihilfen enthält, die nicht von der Notifizierungspflicht freigestellt sind. Darüber hinaus schlägt die Kommission eine besondere Verordnung über De-Minimis-Beihilfen zur DAWI-Finanzierung vor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1571&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



ÄNDERUNG DER RICHTLINIE ÜBER DIE ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN: KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE VOR

Die Kommission hat am 19.12.2011 ihre Vorschläge zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen vorgelegt. Damit will die Kommission die Vorschriften für die EU-weite Mobilität von Berufstätigen vereinfachen. Einer der Kernpunkte des Vorschlags betrifft die Einführung eines Europäischen Berufsausweises, der interessierten Berufsangehörigen die Möglichkeit geben soll, ihre Qualifikationen leichter und schneller anerkennen zu lassen. Zudem sollen ein besserer Zugang zu Informationen über die Anerkennung von Berufsqualifikationen geschaffen sowie die Mindestausbildungsanforderungen z. B. für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker sowie für Krankenschwestern, Krankenpfleger und Hebammen aktualisiert werden. Die Revision der bestehenden Richtlinie stellt einen der in der Binnenmarktakte genannten zwölf „Hebel“ dar (EB 08/11) und baut auf das im Juni 2011 veröffentlichte Grünbuch der Kommission auf (EB 13/11) (s. auch Beitrag des StMAS in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/policy_developments/index_de.htm

ROAD MAP ZUR ZUKUNFT DER ENERGIEVERSORGUNG BIS 2050

Am 15.12.2011 hat die Kommission ihre langfristig angelegte Energie Road Map 2050 veröffentlicht. Sie untersucht darin insgesamt sieben verschiedene energiepolitische Szenarien: Zwei davon, so genannte „aktuelle Trendszenarios“, gehen davon aus, dass lediglich bisher bereits beschlossene oder verhandelte Maßnahmen getroffen werden, fünf weitere beruhen auf dem vom Europäischen Rat (ER) im Oktober 2009 vereinbarten Ziel einer Emissionsenkung um mehr als 80 % bis 2050, im Vergleich zum Referenzjahr 1990. Die Kommission kommt in ihren Analysen zu dem Schluss, dass bis zum Jahr 2050 ein weitgehend dekarbonisiertes und zugleich wettbewerbsfähiges und versorgungssicheres Energiesystem technisch und wirtschaftlich möglich sei, bis zum Jahr 2030 allerdings verbunden mit steigenden Energiekosten. Dabei seien die Kosten der Dekarbonisierungsszenarien langfristig aber potentiell geringer als bei einem „weiter so“. Ebenfalls würde es sich insgesamt kostensenkend auswirken, wenn die getroffenen Maßnahmen der Mitgliedstaaten EU-weit abgestimmt würden. Bereits im Vorfeld war die Road Map vor allem in Deutschland umstritten, da sie die Kernenergie als einen wirtschaftlich günsti-



gen Weg ansieht, CO₂-Reduzierungsziele zu erreichen. Die Kommission gibt in der Road Map aber keine bestimmte energiepolitische Empfehlung, etwa zum zukünftigen Energiemix, da darüber in nationaler Verantwortung zu entscheiden ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1543&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

NEUE ENTWICKLUNGEN IN DER KOHÄSIONSPOLITIK: AUSSPRACHE IM RAT FÜR ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN, ANNAHME DER VERORDNUNG ZUR ANHEBUNG DER EU-FINANZIERUNGSSÄTZE FÜR KRISEN-LÄNDER UND ZUM EINSATZ VON FINANZINSTRUMENTEN, BERICHTE ÜBER DEN WIRTSCHAFTLICHEN, SOZIALEN UND TERRITORIALEN ZUSAMMENHALT (SIEBTER ZWISCHENBERICHT) UND ZUR BESSEREN EINBEZIEHUNG VON UNIVERSITÄTEN IN DIE REGIONALENTWICKLUNG

Am 16.12.2011 hat der Rat für Allgemeine Angelegenheiten im Format der für Regionalpolitik zuständigen Minister die Kommissionsvorschläge zur zukünftigen Ausgestaltung der Kohäsionspolitik in der Periode 2014-2020 behandelt. Die Hauptthemen der Beratungen waren Rechtsform und Rolle des Gemeinsamen Strategischen Rahmens, die Nutzung der länderspezifischen Empfehlungen aus dem Europäischen Semester als Instrument, die Kohäsionspolitik mit der Strategie Europa 2020 zu verknüpfen, die Einführung von Konditionalitäten und Leistungsreserven, und schließlich die Balance zwischen thematischer Konzentration und Flexibilität der Mitgliedstaaten und Regionen. Auch legislative Entwicklungen in der Kohäsionspolitik sind zu vermelden: Rat und EP haben nach nur vier Monaten Beratungszeit für die laufende Förderperiode zwei Änderungen der Strukturfondsverordnung (EG) Nr. 1083/2006 beschlossen: Die eine betrifft die befristete Anhebung des EU-Kofinanzierungssatzes für Krisenstaaten um 10 %, die andere den Einsatz von „rückzahlbaren Unterstützungen“ und die Berichterstattung beim Einsatz solcher Finanzinstrumente (EB 15/11). Schließlich ist auf den Siebten Zwischenbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt sowie auf einen Bericht der Kommission über die Bedeutung von Universitäten für die regionale Entwicklung hinzuweisen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/127027.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1527&format=>



[HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/interim7/interim7_en.pdf

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/universities2011/universities2011_en.pdf

KOMMISSION SCHLÄGT VERORDNUNG ÜBER KFZ-GERÄUSCHPEGEL VOR

Die Kommission hat am 09.12.2011 einen Vorschlag für eine Verordnung über den Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen vorgelegt. Neben der mehrstufigen Senkung von Geräuschgrenzwerten für alle Fahrzeugtypen plant die Kommission die Einführung eines neuen, realitätsnäheren Messverfahrens. Ein weiterer Aspekt des Vorschlags sind Bestimmungen zu Mindestgeräuschen von Elektro- und Hybridelektrofahrzeugen. Sie sollen aus Sicherheitsgründen harmonisiert werden, da sie Fußgängern zur Orientierung dienen. Der Vorschlag sieht zwar keine Pflicht zum Einbau solcher schallerzeugenden Vorrichtungen („Approaching Vehicle Audible Systems“) vor. Wenn sich ein Hersteller aber dazu entschließt, muss das akustische System den vorgeschlagenen Standards entsprechen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1520&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZUR ÜBERARBEITUNG DER FLUGGASTRECHTE-VERORDNUNG UND ZUSAMMENFASSENDEN MITTEILUNG ÜBER PASSAGIERRECHTE BEI ALLEN VERKEHRSTRÄGERN

Die Kommission hat am 19.12.2011 eine Konsultation zur Überarbeitung der beiden Verordnungen (EG) Nr. 261/2004 über Fluggastrechte und (EG) Nr. 889/2002 über die Haftung von Luftfahrtunternehmen bei Unfällen gestartet. Die Verordnungen werden nach Ansicht der Kommission bisher unzureichend und uneinheitlich angewendet. Am selben Tag hat die Kommission zudem die Mitteilung „Eine europäische Perspektive für Reisende: Mitteilung über die Rechte der Benutzer aller Verkehrsträger“ vorgestellt, die einen Überblick über die Rechte der Reisenden bei allen Verkehrsträgern geben möchte.

http://ec.europa.eu/transport/passengers/consultations/2012-03-11-apr_en.htm

http://ec.europa.eu/transport/passengers/doc/comm-2011-898-european-vision-passengers_de.pdf



VERKEHRSRAT AM 12.12.2011: RECAST DES 1. EISENBAHNPAKETS, TACHOGRAPHENVERORDNUNG, AUSSPRACHE ZU TEN-T-LEITLINIEN

Der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie (TTE) hat sich bei seiner Sitzung als Verkehrsrat am 12.12.2011 in Brüssel insbesondere mit drei Themen beschäftigt. Zum Recast des 1. Eisenbahnpakets bestätigte der Rat in seiner politischen Einigung weitgehend seine Position vom Juni 2011, die Grundlage der anstehenden Trilogverhandlungen mit dem EP sein wird. Bei der Tachographenverordnung gab es eine „partielle allgemeine Ausrichtung“, gegen die Stimmen Deutschlands. Hauptstreitpunkt war hier die Ausnahmeklausel, wonach die Mitgliedstaaten Fahrzeuge von den Vorschriften über das Kontrollgerät ausnehmen können, wenn sie einen bestimmten Umkreis um den Standort eines Unternehmens nicht verlassen. Der Rat hat den Kommissionsvorschlag eines Umkreises von 100 km bestätigt. Deutschland konnte sich mit seiner Forderung, den Umkreis auf 150 km zu erweitern, nicht durchsetzen. Den dritten Schwerpunkt bildete eine erste Aussprache zum Verordnungsvorschlag der Kommission über Leitlinien für ein transeuropäisches Verkehrsnetz; eine Entscheidung wurde hierzu aber nicht getroffen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/126899.pdf

EP-PLENUM NIMMT BERICHT ZUM EUROPÄISCHEN VERKEHRSRAUM AN, REAKTION AUF WEISSBUCH VERKEHR BIS 2050

Das EP hat am 15.12.2011 seine Position zur mittel- und langfristigen Entwicklung des einheitlichen europäischen Verkehrsraums festgelegt. Anlass für den umfassenden Bericht war das Weißbuch Verkehr der Kommission vom März d. J. (EB 06/11). Wie das Weißbuch geht auch die Entschließung des EP auf ganz unterschiedliche Aspekte der Verkehrspolitik ein, von Umwelt- über Infrastruktur-, Sicherheits- und Wettbewerbs- bis hin zu sozialen Fragen. Während die Kommission vor allem eine langfristige Vision mit verkehrspolitischen Zielen in den Jahren 2030 oder 2050 vorgelegt hat, fordert das EP, sich eher an Zielmarken für den überschaubaren Zeitraum bis zum Jahr 2020 zu orientieren. Bis dahin fordert es u. a. Maßnahmen zur Halbierung der Zahl der Straßenverkehrstoten und schwer Verletzten, zur Emissionsreduzierung über alle Verkehrsträger hinweg und zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Die Kommission wird zudem aufgefordert, bis 2014 einen Vorschlag zur "Internalisierung der externen Kosten" für alle Verkehrsträger vorzulegen.



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20111215IPR34227+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EP MACHT WEG FREI FÜR ERLEICHTERTE RECHNUNGSLEGUNG FÜR KLEINSTUNTERNEHMEN

Das EP hat am 13.12.2011 auf Grundlage einer zuvor mit dem Rat gefundenen Einigung die Neuregelung zur Entlastung für Kleinunternehmen bei der Rechnungslegung angenommen. In Zukunft muss etwa ein Handwerks- oder Metzgereibetrieb nur noch eine verkürzte Bilanz beim Unternehmensregister einreichen, die aber nicht veröffentlicht wird. Neben der Höchstzahl von zehn Beschäftigten darf ein Kleinbetrieb nicht mehr als 700.000 € Jahresumsatz und 350.000 € Bilanzsumme haben, um von der Ausnahmemöglichkeit profitieren zu können. Über die tatsächliche Anwendung dieser Ausnahmen müssen die Mitgliedstaaten individuell für ihre Unternehmen entscheiden. Die Diskussion über weitere Entlastungen der Unternehmen bei der Rechnungslegung ist damit aber noch nicht zu Ende. Die Kommission hat jüngst einen Vorschlag zur Überarbeitung der geltenden Rechnungslegungsrichtlinien vorgelegt, die eine Erleichterung für KMU bezwecken, d. h., für einen weiteren Kreis an Unternehmen als die hier betroffenen Kleinunternehmen (EB 18/11). Das EP erwartet eine zügigere Behandlung im Rat als beim nunmehr abgeschlossenen Dossier (s. auch den Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0563+0+DOC+XML+V0//DE>

EURH LEGT SONDERBERICHT ZUR WIRKSAMEN VERWALTUNG STAATLICHER BEIHILFEN VOR

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 15.12.2011 seinen Sonderbericht Nr. 15/2011 zum Thema „Ist durch die Verfahren der Kommission eine wirksame Verwaltung der Kontrolle staatlicher Beihilfen gewährleistet?“ veröffentlicht. Darin kommt er zum Ergebnis, dass das Prüfungssystem der Kommission nicht alle relevanten staatlichen Beihilfefälle zu erfassen vermag. Insbesondere Beschwerdefälle würden zu langsam und nicht mit ausreichender Transparenz bearbeitet. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Kommission kaum ex-post-Bewertungen ihrer Entscheidungen vornehme. Der EuRH kritisiert aber auch die Mitgliedstaaten: Sie würden unvollständige und nicht ausreichend zuverlässige Daten vorlegen.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=ECA/11/48&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EINIGUNG ÜBER REFORM DES ÜBEREINKOMMENS ÜBER DAS ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNGSWESEN IM RAHMEN DER WTO

Die 42 Vertragspartner des freiwilligen Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen im Rahmen der WTO haben sich im Vorfeld der 8. Ministerkonferenz der WTO am 15.12.2011 auf eine Reform des Übereinkommens geeinigt. Die 15 Parteien, darunter die EU (die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten werden als eine Partei gezählt), haben sich sowohl zu transparenteren Regeln für die internationale öffentliche Auftragsvergabe als auch zu einer weiteren Öffnung ihrer Beschaffungsmärkte für ausländische Bieter verpflichtet. Der Einigung gingen gut zehnjährige Verhandlungen voraus.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1556&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

GRÜNBUCH ZUR BESCHLEUNIGTEN MARKTEINFÜHRUNG VON LED-LAMPEN

Die Kommission hat am 15.12.2011 ihr Grünbuch „Die Zukunft der Beleuchtung – Beschleunigung des Einsatzes innovativer Beleuchtungstechnologien“ vorgestellt. Das Vorhaben, die Verbreitung von besonders energieeffizienten LED-Lampen zu fördern, ist ein Teil der digitalen Agenda. Das Grünbuch enthält neben der Ankündigung politischer Initiativen auch eine Konsultation zu den Themen Qualität, Innovation, Produktsicherheit und Standardisierung sowie zur verbesserten Zusammenarbeit der beteiligten Akteure. Die insgesamt zwölf aufgeworfenen Fragen können bis zum 29.02.2012 beantwortet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1554&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP UND RAT BILLIGEN MITTELAUFSTOCKUNG FÜR DEN FUSIONS-FORSCHUNGSREAKTOR ITER IN DEN JAHREN 2012 UND 2013

Auf Grundlage einer am 01.12.2011 gefundenen Einigung haben Rat und EP am 13.12.2011 einer Mittelaufstockung für den Forschungsreaktor ITER in den Jahren 2012 und 2013 zugestimmt. Zusätzlich zu den bereits veranschlagten 100 Mio. € im Budget für 2012 werden insgesamt weitere 1,2 Mrd. € zur Verfügung gestellt.



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20111212IPR33903+0+DOC+XML+V0//EN&language=DE>
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st18/st18322-re01.de11.pdf>

AKTIONSPLAN ÖKO-INNOVATIONEN UND PILOTPROGRAMM ZUR ÜBERPRÜFUNG VON UMWELTTECHNOLOGIEN

Am 15.12.2011 hat Umweltkommissar *Janez Potočnik* einen Aktionsplan für Öko-Innovationen vorgestellt. Darunter sind nach der Definition der Kommission alle Arten von Erfindungen und Neuerungen zu verstehen, die zur Verwirklichung des Ziels der nachhaltigen Entwicklung beitragen, indem sie Umweltbelastungen verringern, die Widerstandsfähigkeit gegen Umweltbelastungen stärken oder eine effizientere und verantwortungsvollere Nutzung natürlicher Ressourcen bewirken. Teil des Aktionsplans ist das am selben Tag präsentierte Pilotprogramm zur Überprüfung von Umwelttechnologien (ETV – Environmental Technology Verification). Durch das ETV sollen die Effektivität und Effizienz von Umwelttechnologien durch unabhängige Stellen überprüft werden. Zielgruppe für ETV sind vor allem KMU, die es im Gegensatz zu großen Unternehmen in der Regel schwerer haben, Nachweise für die Leistung bzw. Marktreife ihrer neuen Umwelttechnologien zu erbringen. (s. auch den Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1547&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1544&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZU ERNEUERBAREN ENERGIEN

Die Kommission hat am 06.12.2011 eine öffentliche Konsultation zu erneuerbaren Energien gestartet. Gegenstand ist insbesondere die Entwicklung neuer Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien über das Jahr 2020 hinaus, auf das sich der gegenwärtige Rechtsrahmen bezieht. Die Kommission nimmt nun das Datum 2030 in den Blick. Ohne einen ambitionierten Plan zum weiteren Ausbau erneuerbarer Energien hält sie die langfristige Vision einer Reduzierung der Treibhausgase bis 2050 um 80 - 95 % für unerreichbar. Eine Beteiligung an der Konsultation ist bis 07.02.2012 möglich.

http://ec.europa.eu/energy/renewables/consultations/20120207_renewable_energy_strategy_en.htm



Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 15./16.12.2011 IN BRÜSSEL

Am 15./16.12.2011 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei („Agrarrat“) in Brüssel. In öffentlicher Sitzung führten die Minister eine Aussprache zu den Kommissionsvorschlägen für die ländliche Entwicklung im Rahmen der GAP-Reform. Insgesamt war das Stimmungsbild im Rat besser als bei der Diskussion zu den Direktzahlungen im Novemberrat. Die grundsätzliche Ausrichtung der ländlichen Entwicklung wurde begrüßt. Viele Delegationen kritisierten jedoch die erwartete Ausweitung der Bürokratie bzw. des Verwaltungsaufwands. Für das Bedürftigenhilfsprogramm wurde eine vorher ausgehandelte Übergangslösung für die Jahre 2012 und 2013 ohne Aussprache verabschiedet. Nach der noch ausstehenden Zustimmung des EP kann das Programm bis Ende 2013 fortgesetzt werden. Einstimmig und ohne Aussprache beschlossen die Minister Ratsschlussfolgerungen zur Absatzförderung für Agrarerzeugnisse, die nach Ansicht des Rates eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft ist. Nachdem die Mitgliedstaaten über die Zulassung von drei gentechnisch veränderten Mais- und einer Baumwollsorte zur Nutzung als Lebensmittel, Futtermittel und zur Weiterverarbeitung gespalten sind (keine qualifizierte Mehrheit dafür oder dagegen), ist der Weg frei für eine Anerkennung durch die Kommission. Kommissar *Dalli* berichtete außerdem zum Thema Tiertransporte, dass die Gesamtqualität der Tiertransporte verbessert worden sei. Es gebe jedoch weiterhin Herausforderungen bei der Anwendung der Vorschriften und deren Umsetzung.

Weitere Informationen unter:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/127031.pdf

COPA-COGECA: ERNTESCHÄTZUNG GETREIDE

Die Dachverbände der EU-Bauernverbände und ländlichen Genossenschaften (COPA-COGECA) stellten am 13.12.2011 die Ernteschätzung für Getreide in der EU vor. Danach wurden im Jahr 2011 283 Mio. t Getreide produziert, für das folgende Jahr wird mit einer gleichbleibenden Erntemenge gerechnet, da die Anbauflächen konstant bei 55,7 Mio. ha blieben. Die Ernte 2011 sei gut gewesen, allerdings habe es aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen



auch Qualitätsprobleme gegeben. Hohe Produktionskosten, insbesondere für Düngemittel würden die Margen der Landwirte weiter einschränken. Copa-Cogeca forderte deshalb mehr Transparenz und Wettbewerb auf dem Düngermarkt.

COPA-COGECA: ERNTESCHÄTZUNG ÖLSAATEN

Die Dachverbände der EU-Bauernverbände und ländlichen Genossenschaften (COPA-COGECA) stellten am 08.12.2011 die Ernteschätzung für Ölsaaten in der EU vor. Danach wurden im Jahr 2011 28,8 Mio. t Raps, Sonnenblumen und Soja produziert, für das folgende Jahr wird mit einer geringen Steigerung um 5,2 % auf 30,3 Mio. t gerechnet. Da die Anbaufläche relativ stabil bleibe, sei die Steigerung weitgehend auf neue ertragreichere Sorten zurückzuführen. Dies unterstreiche, wie wichtig Forschung und Innovation im Rahmen der GAP seien. Die Reform der GAP dürfe den Anbau in der EU nicht beschränken, denn die Produktion von Öl- und Proteinpflanzen in anderen Teilen der Welt führe zu Waldrodung und erhöhten Emissionen und widerspreche somit den Zielen der EU.

EUROSTAT: LANDWIRTSCHAFTSEINKOMMEN IN EU GESTIEGEN

Eurostat, das Statistische Amt der EU, teilte am 20.12.2011 mit, dass das reale landwirtschaftliche Einkommen in den EU-27 im Jahr 2011 gegenüber 2010 ersten Schätzungen zufolge um 6,7 % gestiegen ist. Der Anstieg setze sich zusammen aus einer Zunahme des realen Einkommens (+3,9 %) und einer Verringerung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes (-2,7 %). In 19 Mitgliedstaaten sei das reale landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft gestiegen, in acht gesunken. Der Einkommensanstieg in Deutschland liegt mit +14,7 % im Mittelfeld. Die höchsten Zuwächse verzeichneten Rumänien (+43,7 %) und Ungarn (+41,8 %), in Belgien (-22,5 %) und Malta (-21,2 %) gingen die Einkommen am stärksten zurück.

Weitere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/194&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EP: HÖHERE EU-KOFINANZIERUNG BEI ELER FÜR STAATEN MIT FINANZPROBLEMEN

Das EP-Plenum hat am 13.12.2011 einen Bericht des Abgeordneten



De Castro (S&D/ITA) angenommen, der bis Ende 2013 eine erhöhte EU Kofinanzierung für Mitgliedstaaten vorsieht, die von EU-Finanzhilfemechanismen profitieren (derzeit Griechenland, Irland, Portugal, Lettland, Rumänien). Danach kann in diesen Ländern die EU-Beteiligung für Maßnahmen der ländlichen Entwicklung (ELER-Fonds) in Konvergenzregionen auf Antrag des Mitgliedstaats auf bis zu 95 %, in anderen Regionen auf bis zu 85 % der Ausgaben angehoben werden. Die Mittel, die für die ländliche Entwicklung zur Verfügung stehen, werden sich dadurch nicht ändern. Der Agrarrat soll bei seiner nächsten Sitzung zustimmen. Die Regelung tritt in Kraft, sobald sie von der Kommission öffentlich verkündet wird.

Entschließung des EP unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20111213%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE>

BIODIVERSITÄTSSTRATEGIE BIS 2020

Der Rat nahm die Schlussfolgerungen zur Biodiversitätsstrategie bis 2020 an, die sich inhaltlich an die Schlussfolgerungen vom Umweltrat am 15.06.2011 anschließen (EB 13/11), um den Verlust an biologischer Vielfalt und die Verschlechterung der Ökosystemleistungen in der EU bis 2020 zum Stillstand zu bringen und die Artenvielfalt sowie die Ökosystemleistungen so weit wie möglich wiederherzustellen. Die Mitgliedstaaten und die Kommission werden aufgefordert, die festgelegten Biodiversitätsziele umfassend bei der Entwicklung und Umsetzung aller einschlägigen sektorspezifischen politischen Maßnahmen zu berücksichtigen. In einer ersten Stellungnahme zu den Beschlüssen bedauerte Kommissar *Potočnik*, dass alle Hinweise auf einen verstärkten Beitrag der gemeinsamen Agrarpolitik zum Erreichen der Biodiversitätsziele aus den Schlussfolgerungen gestrichen wurden (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

KENNZEICHNUNGSREGELUNGEN FÜR SCHAFE UND ZIEGEN VERSCHOBEN

Am 06.12.2011 haben die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit einen Vorschlag der Kommission gebilligt, nach dem die verpflichtende Registrierung der individuellen Kenncodes bei der Verbringung von Schafen und Ziegen, die vor dem 01.01.2010 geboren



wurden, erst ab 2015 eingeführt und damit um drei Jahre verschoben werden soll. Die Kommission muss die entsprechende Änderung der Verordnung (EG) Nr. 21/2004 nun nur noch formal annehmen. Danach können Tierhalter die Bewegungen von kleinen Wiederkäuern, die vor dem 01.01.2010 geboren wurden, bis Ende 2014 weiterhin gruppenweise melden, was im Vergleich zu einer individuellen Registrierung mit weniger Verwaltungsaufwand und Kosten verbunden ist (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Mitteilung der Kommission:

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEX/11/1208&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/food/animal/identification/ovine/electronic_id_de.htm

EP-ENTSCHLIESSUNG ZUR HERSTELLUNG UND KENNZEICHNUNG VON FRUCHTSÄFTEN

Auf der Tagung vom 12.12. - 15.12.2011 in Straßburg hat das EP-Plenum u. a. eine legislative EntschlieÙung zur Herstellung und Kennzeichnung von Fruchtsäften angenommen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2011-0224&language=DE&mode=XML#title1>

KOMMISSION STELLT DAS NEUE LIFE PROGRAMM 2014 - 2020 VOR

Am 12.12.2011 hat die Kommission ihren Vorschlag für das neue Umweltförderprogramm LIFE veröffentlicht. Der neue Verordnungsvorschlag (KOM(2011) 874 endgültig) zur Aufstellung des Programms für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) hat ein Gesamtbudget von 3,2 Mrd. € (von 2014 - 2020) und soll auf den Erfolgen des derzeit laufenden LIFE+ Programms aufbauen. Mit dem neuen Programm wird das Förderspektrum inhaltlich erweitert, so können zukünftig auch Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigt werden. Allerdings können Öko-Innovationen nicht länger durch LIFE direkt gefördert werden, entsprechende Programme werden dafür durch das neue Forschungsprogramm „Horizon 2020“ (EB 21/11) erfasst.

LIFE-Verordnungsentwurf:

http://ec.europa.eu/environment/life/about/documents/COMM_PDF_COM_2011_0874_F_DE.pdf?reference=IP/11/1526&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en



NATURA 2000-Finanzierung:

http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/financing/docs/financing_natura2000.pdf

ROAD MAP ZUR ZUKUNFT DER ENERGIEVERSORGUNG BIS 2050

Am 15.12.2011 hat die Kommission ihre langfristig angelegte Energie Road Map 2050 veröffentlicht. Sie untersucht darin insgesamt sieben verschiedene energiepolitische Szenarien: Zwei davon, so genannte „aktuelle Trendszenarios“, gehen davon aus, dass lediglich bisher bereits beschlossene oder verhandelte Maßnahmen getroffen werden, fünf weitere beruhen auf dem vom Europäischen Rat (ER) im Oktober 2009 vereinbarten Ziel einer Emissions-senkung um mehr als 80 % bis 2050 im Vergleich zum Referenzjahr 1990. Die Kommission kommt in ihren Analysen zu dem Schluss, dass bis zum Jahr 2050 ein weitgehend dekarbonisiertes und zugleich wettbewerbsfähiges und versorgungssicheres Energiesystem technisch und wirtschaftlich möglich sei, bis zum Jahr 2030 allerdings verbunden mit steigenden Energiekosten (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1543&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

ÄNDERUNG DER RICHTLINIE ÜBER DIE ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN: KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE VOR

Die Kommission hat am 19.12.2011 ihre Vorschläge zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen vorgelegt. Damit will die Kommission die Vorschriften für die EU-weite Mobilität von Berufstätigen vereinfachen. Einer der Kernpunkte des Vorschlags betrifft die Einführung eines Europäischen Berufsausweises, der interessierten Berufsangehörigen die Möglichkeit geben soll, ihre Qualifikationen leichter und schneller anerkennen zu lassen. Zudem sollen ein besserer Zugang zu Informationen über die Anerkennung von Berufsqualifikationen geschaffen sowie die Mindestausbildungsanforderungen z. B. für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker sowie für Krankenschwestern, Krankenpfleger und Hebammen aktualisiert werden. Dazu schlägt die Kommission insbesondere vor, das Eingangsniveau



für die Ausbildung von Krankenpflegepersonal und Hebammen von einer zehnjährigen allgemeinen Schulbildung auf zwölf Schuljahre anzuheben. Die Revision der bestehenden Richtlinie stellt einen der in der Binnenmarktakte genannten zwölf „Hebel“ dar (EB 08/11) und baut auf das im Juni 2011 veröffentlichte Grünbuch der Kommission auf (EB 13/11).

http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/policy_developments/index_de.htm

KOMMISSION STELLT MITTEILUNG ZUR INITIATIVE „CHANCEN FÜR JUNGE MENSCHEN“ VOR

Die Kommission hat am 20.12.2011 eine Mitteilung zur Initiative „Chancen für junge Menschen“ vorgelegt. Darin ruft sie die Mitgliedstaaten u. a. dazu auf, junge Menschen bei der Suche nach einem ersten Arbeitsplatz zu unterstützen sowie ihnen die Entwicklung der für den Arbeitsmarkt relevanten Kompetenzen zu erleichtern. Zudem fordert die Kommission die Mitgliedstaaten nachdrücklich zu einer besseren Nutzung des Europäischen Sozialfonds (ESF) auf. In der EU sind derzeit nach Angaben der Kommission über fünf Millionen junge Menschen arbeitslos (s. dazu auch weiterer Bericht in diesem EB). 7,5 Millionen EU-Bürgerinnen und EU-Bürger im Alter zwischen 15 und 24 Jahren seien weder erwerbstätig noch in der allgemeinen oder beruflichen Bildung.

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=7276&langId=en>

PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 12. - 15.12.2011 IN STRASSBURG: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Das EP-Plenum hat während seiner Plenarsitzung in Straßburg vom 12. - 15.12.2011 eine Entschließung über die Halbzeitüberprüfung der Strategie der Europäischen Union für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2007 - 2012 sowie eine Entschließung zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der EU angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0589+0+DOC+XML+V0//DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0587+0+DOC+XML+V0//DE>



EUROSTAT: ARBEITSLOSENQUOTE DES EURORAUMS LAG IM OKTOBER 2011 BEI 10,3 PROZENT

Nach Erhebungen der EU-Statistikbehörde Eurostat, die am 30.11.2011 veröffentlicht wurden, lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in den 17 Euroländern im Oktober 2011 bei 10,3 % gegenüber 10,1 % im Vorjahresmonat und 10,2 % im September 2011. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im Oktober 2011 bei 9,8 % gegenüber 9,7 % im Vormonat und 9,6 % im Oktober des vergangenen Jahres. Mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit, die im EU-Durchschnitt im Oktober 2011 22 % betrug, gehörte Deutschland mit 8,5 % – hinter den Niederlanden (8,2 %) und vor Österreich (9,1 %) – zu den Ländern mit dem europaweit niedrigsten Wert. Die höchsten Quoten meldete Eurostat für Spanien mit 48,9 % und Griechenland mit 45,1 % (August 2011). Insgesamt bezifferte die Behörde die Zahl der arbeitslosen Personen im Alter unter 25 Jahren im Oktober 2011 in der EU auf rund 5,5 Millionen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/11/176&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EUROBAROMETER: UMFRAGE ZU AUSWIRKUNGEN DER ARBEIT DER EU AUF BESCHÄFTIGUNGS- UND SOZIALPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN

Einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage zufolge, die die EU-Kommission am 29.11.2011 veröffentlichte, sind 63 % der dabei befragten Deutschen der Ansicht, dass sich die Beschäftigungspolitik der EU positiv auf den Arbeitsmarkt in Deutschland auswirke. Gleichzeitig gaben 69 % der teilnehmenden Deutschen an, dass ihrer Ansicht nach zu wenig unternommen werde, um die Armut in Deutschland zu bekämpfen. Im EU-Durchschnitt gaben 52 % der Befragten an, dass sich ihrer Meinung nach die Arbeit der EU positiv auf die Beschäftigungs- und Sozialpolitik in ihrem Land auswirke.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1470&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE ZUR REFORM DES VERGABERECHTS VOR

Am 20.12.2011 hat die Kommission eine umfassende Reform des Vergaberichts vorgeschlagen und Entwürfe für eine Vergaberichtlinie sowie eine Richtlinie zur Auftragsvergabe im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrs-



versorgung sowie im Telekommunikationssektor vorgelegt. Oberstes Ziel der neuen Vorschriften ist eine Vereinfachung und Flexibilisierung der Vergaberegeln und -verfahren. Zudem müsse der Zugang insbesondere der KMU zu öffentlichen Aufträgen erleichtert werden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1580&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR KONZESSIONSRICHTLINIE VOR

Die Kommission hat am 20.12.2011 im Rahmen der Revision des Vergaberechts – trotz Widerstands des EP und einiger Mitgliedstaaten – einen Entwurf für eine Konzessionsrichtlinie vorgelegt. Mit dem Legislativvorschlag möchte die Kommission einen klaren rechtlichen Rahmen für die Vergabe von Konzessionen sicherstellen, für die bisher – mit Ausnahme der Baukonzessionen, die bisher in der Vergaberichtlinie 2004/17/EG geregelt sind – lediglich ein allgemeines Transparenzgebot aus dem europäische Primärrecht gilt. Daher blieben Rechtsfragen oft der gerichtlichen Klärung durch den EuGH vorbehalten. Der Richtlinienentwurf sieht einen Schwellenwert von 5 Mio. € vor. Wird er überschritten, sollen sowohl Bau- als auch Dienstleistungskonzessionen bestimmten Verfahrensbestimmungen unterworfen sein. Jedoch soll nicht das gesamte formale Vergaberecht aus der allgemeinen und der sektoralen Richtlinie zur Anwendung kommen. Dessen Modernisierung hat die Kommission am selben Tag mit weiteren Vorschlägen eingeleitet (s. hierzu Beitrag des StMI und StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1580&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

NEUER BEIHILFERECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE FINANZIERUNG VON DASEINS-VORSORGELEISTUNGEN

Am 20.12.2011 hat die Kommission ein Paket mit neuen beihilferechtlichen Bestimmungen zur Finanzierung von „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (DAWI) vorgelegt. Mit der Überarbeitung soll der Rechtsrahmen einfacher und klarer werden. Als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes will die Kommission die Behandlung kleiner und lokaler Vorgänge gegenüber großen Beihilfebeträgen zudem stärker differenzieren. Das Paket besteht – neben einer erläuternden Mitteilung – aus einem Be-



schluss über die Freistellung bestimmter Beihilfen zur DAWI-Finanzierung von der Notifizierungspflicht sowie aus einem Rechtsrahmen, der die Genehmigungsvoraussetzungen für DAWI-Beihilfen enthält, die nicht von der Notifizierungspflicht freigestellt sind. Darüber hinaus schlägt die Kommission eine besondere Verordnung über De-Minimis-Beihilfen zur DAWI-Finanzierung vor (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1571&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

NEUE ENTWICKLUNGEN IN DER KOHÄSIONSPOLITIK

Am 16.12.2011 hat der Rat für Allgemeine Angelegenheiten im Format der für Regionalpolitik zuständigen Minister die Kommissionsvorschläge zur zukünftigen Ausgestaltung der Kohäsionspolitik in der Periode 2014 - 2020 behandelt. Die Hauptthemen der Beratungen waren Rechtsform und Rolle des Gemeinsamen Strategischen Rahmens, die Nutzung der länderspezifischen Empfehlungen aus dem Europäischen Semester als Instrument, die Kohäsionspolitik mit der Strategie Europa 2020 zu verknüpfen, die Einführung von Konditionalitäten und Leistungsreserven, und schließlich die Balance zwischen thematischer Konzentration und Flexibilität der Mitgliedstaaten und Regionen. Schließlich ist auf den Siebten Zwischenbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt sowie auf einen Bericht der Kommission über die Bedeutung von Universitäten für die regionale Entwicklung hinzuweisen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Siebter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/interim7/interim7_en.pdf

Bericht „Connecting Universities to Regional Growth: A Practical Guide“:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/universities2011/universities2011_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

ERSTER MEINUNGSAUSTAUSCH ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN ZUM KOMMISSIONSVORSCHLAG „ERASMUS FÜR ALLE“

Kurz nach der Veröffentlichung des Vorschlags der Kommission über das neue



EU-Programm „Erasmus für alle“ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport 2014-2020 am 23.11.2011 hatten die Mitgliedstaaten im Rahmen des Treffens der Gruppe der Hochrangigen Generaldirektoren im Bildungsbereich in Kopenhagen am 01./02.12.2011, im Bildungsausschuss am 08./09.12.2011 in Warschau sowie bei einer gemeinsamen Sitzung des EU-Bildungsausschusses, der Ratsarbeitsgruppe Jugend und der Ratsarbeitsgruppe Sport Gelegenheit, erste Reaktionen bzw. Stellungnahmen hierzu zu äußern und Fragen zu stellen. Im Zentrum der Diskussion standen vor allem der nicht mehr von Bildungssektoren ausgehende, sondern thematisch angelegte integrative Ansatz des Vorschlags, die vor diesem Hintergrund befürchtete mangelnde Zielgruppenorientierung bzw. Zugänglichkeit des Programms sowie dessen künftige Umsetzung auf EU- und nationaler Ebene. Insgesamt zeichnete sich ab, dass eine Mehrheit der Mitgliedstaaten bei grundsätzlich positiver Bewertung der steigenden Bedeutung des Bildungsbereichs auf EU-Ebene dem Vorschlag der Kommission derzeit eher mit Skepsis begegnet.

ÄNDERUNG DER RICHTLINIE ÜBER DIE ANERKENNUNG VON BERUFSQUALIFIKATIONEN: KOMMISSION LEGT VORSCHLÄGE VOR

Die EU-Kommission hat am 19.12.2011 ihre Vorschläge zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen vorgelegt. Damit will die Kommission die Vorschriften für die EU-weite Mobilität von Berufstätigen vereinfachen. Einer der Kernpunkte des Vorschlags betrifft die Einführung eines Europäischen Berufsausweises, der interessierten Berufsangehörigen die Möglichkeit geben soll, ihre Qualifikationen leichter und schneller anerkennen zu lassen. Zudem sollen ein besserer Zugang zu Informationen über die Anerkennung von Berufsqualifikationen geschaffen sowie die Mindestausbildungsanforderungen z. B. für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker sowie für Krankenschwestern, Krankenpfleger und Hebammen aktualisiert werden. Dazu schlägt die Kommission insbesondere vor, das Eingangsniveau für die Ausbildung von Krankenpflegepersonal und Hebammen von einer zehnjährigen allgemeinen Schulbildung auf zwölf Schuljahre anzuheben. Die Revision der bestehenden Richtlinie stellt einen der in der Binnenmarktakte genannten zwölf „Hebel“ dar (s. EB 08/11 des StMAS) und baut auf das im Juni 2011 veröffentlichte Grünbuch der Kommission auf (s. EB 13/11 des StMAS) (s. Beitrag des StMAS in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/policy_developments/index_d



[e.htm](#)

KOMMISSION NIMMT MITTEILUNG ÜBER EINE INITIATIVE ZU „CHANCEN FÜR JUNGE MENSCHEN“ AN

Am 20.12.2011 hat die Kommission eine Mitteilung zu einer Initiative „Chancen für junge Menschen“ angenommen. Vor dem Hintergrund der teilweise extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten, die vor allem auch durch die Wirtschafts- und Finanzkrise in den letzten Jahren in besonderem Maße nach oben getrieben wurde, konzentriert sich die Mitteilung auf Möglichkeiten der Förderung von Jugendlichen, die weder an Bildungs- oder Ausbildungsmaßnahmen teilnehmen noch im Beruf stehen und daher besonders gefährdet sind, dauerhaft arbeitslos zu werden. Die Kommission sieht vor allem die Mitgliedstaaten in der Pflicht, die Situation zu verbessern, während der EU primär eine unterstützende Rolle zukommt. Als prioritäre Handlungsfelder nennt die Kommission u. a. die Verhinderung von frühem Schulabbruch, die Vermittlung von für den künftigen Arbeitsmarkt relevanten Kompetenzen sowie die verbesserte Unterstützung Jugendlicher beim Übergang von der Schule bzw. der Ausbildung ins Berufsleben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1568&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

NEUFASSUNG DER RICHTLINIE 2003/98/EG ÜBER DIE WEITERGABE DIGITALER DATEN

Am 12.12.2011 hat die Kommission eine Strategie für offene Daten in Europa vorgestellt. Zentrales Element der Kommissionspläne ist die Überarbeitung der Richtlinie 2003/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors. Neben einer allgemeinen Verschärfung der Vorgaben, schlägt die Kommission insbesondere die Ausweitung des Anwendungsbereichs auf staatliche Museen, Archive und Bibliotheken, darunter auch Universitätsbibliotheken, vor. Bisher besteht für diese wie für alle anderen Kultureinrichtungen eine generelle Ausnahmeklausel. Künftig sollen damit auch digitalisierte Kunstwerke, Urkunden oder literarische Werke, die öffentlich zugänglich sind, Dritten kostengünstig bzw. kostenfrei für kommerzielle und nicht-kommerzielle Verwertung zur Verfügung gestellt werden.



Kommissionsmitteilung:

http://ec.europa.eu/information_society/policy/psi/docs/pdfs/opendata2012/open_data_communication/opendata_DE.pdf

Vorschlag für Änderungsrichtlinie:

http://ec.europa.eu/information_society/policy/psi/docs/pdfs/opendata2012/revision_of_PSI_Directive/proposal_directive_DE.pdf

PROF. ANNE GLOVER NEUE KOMMISSIONS-CHEFBERATERIN FÜR WISSENSCHAFT

Am 05.12.2011 hat der Präsident der Kommission, *José Manuel Barroso*, die Besetzung des neu geschaffenen Postens des „Chief Scientific Advisor“ der Kommission bekanntgegeben. Künftig soll ihn die Schottin *Prof. Anne Glover* in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation beraten und regelmäßig über aktuelle Entwicklungen berichten. Frau *Glover* lehrte bisher Molekular- und Zellbiologie an der Universität Aberdeen und beriet gleichzeitig seit 2006 als Chefberaterin für Wissenschaft die schottische Regierung. In ihrer neuen Rolle wird sie direkt dem Kommissionspräsidenten unterstehen und administrative Unterstützung vom Beratergremium für Europäische Politik (BEPA) erhalten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1497&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

EP UND RAT BILLIGEN MITTELAUFSTOCKUNG FÜR DEN FUSIONS-FORSCHUNGSREAKTOR ITER IN DEN JAHREN 2012 UND 2013

Auf Grundlage einer am 01.12.2011 gefundenen Einigung haben Rat und EP am 13.12.2011 einer Mittelaufstockung für den Forschungsreaktor ITER in den Jahren 2012 und 2013 zugestimmt. Zusätzlich zu den bereits veranschlagten 100 Mio. € im Budget für 2012 werden insgesamt weitere 1,2 Mrd. € zur Verfügung gestellt (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Pressemitteilung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20111212IPR33903+0+DOC+XML+V0//EN&language=DE>

Textgrundlage der Ratsentscheidung:

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st18/st18322-re01.de11.pdf>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 19.12.2011 IN BRÜSSEL

Am 19.12.2011 trafen sich die EU-Umweltminister zum letzten Ratstreffen unter polnischer Präsidentschaft in Brüssel. Gegenstand der Aussprachen war dabei u. a. der Stand der Verhandlungen bei den Beratungen der Seveso-III-Richtlinie sowie die Ergebnisse der UN-Klimakonferenz in Durban. Des Weiteren wurden Schlussfolgerungen zur Biodiversitätsstrategie bis 2020 und zum Fahrplan für ein ressourceneffizientes Europa erlassen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/127063.pdf

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 15./16.12.2011 IN BRÜSSEL

Auf dem Agrarrat am 15./16.12.2011 in Brüssel (s. hierzu Beitrag des StMELF in diesem EB) haben die Minister ohne Aussprache ihren Standpunkt in erster Lesung zur Änderung der Richtlinie 2000/75/EG über die Impfung gegen die Blauzungenkrankheit angenommen. Darin werden der Vorschlag der Kommission vom 15.11.2010 (EB 20/10) und die Haltung des EP in erster Lesung vom 07.04.2011 (EB 07/11) im Grunde bestätigt. Demzufolge steht eine schnelle Einigung in zweiter Lesung in Aussicht, so dass die neuen Regelungen rechtzeitig vor der nächsten Impfsaison 2012 in Kraft treten können.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/127031.pdf

EP-PLENUM VOM 12. - 15.12.2011 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG

Auf der Tagung vom 12. - 15.12.2011 in Straßburg hat das Plenum des EP u. a. legislative Entschlüsse zur Verwendung von Phosphaten in Waschmitteln für den Hausgebrauch, zur Entwicklung des einheitlichen europäischen Verkehrsraums und zur Herstellung und Kennzeichnung von Fruchtsäften angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0568+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-11>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2011-0224&language=DE&mode=XML#title1>



FAHRPLAN ZUR ZUKUNFT DER ENERGIEVERSORGUNG BIS 2050

Am 15.12.2011 hat die Kommission ihre Pläne für den sog. Energie-Fahrplan „Energy Roadmap 2050“ vorgestellt. Sie untersucht darin insgesamt sieben verschiedene langfristig angelegte energiepolitische Szenarien: Zwei davon, so genannte „aktuelle Trendszenarios“, gehen davon aus, dass lediglich bisher bereits beschlossene oder verhandelte Maßnahmen getroffen werden, fünf weitere beruhen auf dem vom Europäischen Rat (ER) im Oktober 2009 vereinbarten Ziel einer Emissionssenkung um mehr als 80 % bis 2050, im Vergleich zum Referenzjahr 1990. Um die Planungssicherheit zu verbessern, fordert die Kommission in dem Fahrplan, bald mit der Ausarbeitung eines Rechtsrahmens für die Energiepolitik zwischen 2020 und 2030 zu beginnen (s. hierzu auch den Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Energy Roadmap 2050 (KOM 2011/885/2):

http://ec.europa.eu/energy/energy2020/roadmap/doc/com_2011_8852_en.pdf

KONSULTATION ZU ERNEUERBAREN ENERGIEN

Die Kommission hat am 06.12.2011 eine öffentliche Konsultation zu erneuerbaren Energien gestartet. Gegenstand ist insbesondere die Entwicklung neuer Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien über das Jahr 2020 hinaus, auf das sich der gegenwärtige Rechtsrahmen bezieht. Die Kommission nimmt nun das Datum 2030 in den Blick. Ohne einen ambitionierten Plan zum weiteren Ausbau erneuerbarer Energien hält sie die langfristige Vision einer Reduzierung der Treibhausgase bis 2050 um 80 - 95 % für unerreichbar. Eine Beteiligung an der Konsultation ist bis 07.02.2012 möglich (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Webseite zur Konsultation:

http://ec.europa.eu/energy/renewables/consultations/20120207_renewable_energy_strategy_en.htm

NEUER AKTIONSPLAN FÜR ÖKO-INNOVATIONEN VORGESTELLT

Am 15.12.2011 stellte Umweltkommissar *Janez Potočnik* in Brüssel den neuen Aktionsplan für Öko-Innovationen (Öko-Innovationsplan) vor. Der Aktionsplan ist Teil der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum und hat zum Ziel „grüne“ Innovationen anzukurbeln und dabei gleichzeitig Umweltbelastungen zu verringern. Unter Öko-Innovation sind alle Arten von Erfindungen und Neuerungen zu verstehen, die zur Verwirklichung



des Ziels der nachhaltigen Entwicklung beitragen, indem sie Umweltbelastungen verringern, die Widerstandsfähigkeit gegen Umweltbelastungen stärken oder eine effizientere und verantwortungsvollere Nutzung natürlicher Ressourcen bewirken.

Öko-Innovationsplan:

http://ec.europa.eu/environment/etap/inaction/pdfs/1_de_act_part1_v1.pdf

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/environment/etap/inaction/ecoAp_launched_de.html

PILOTPROGRAMM ZUR ÜBERPRÜFUNG VON UMWELTTECHNOLOGIEN – ETV

Am 15.12.2011 hat die Kommission im Zusammenhang mit dem am selben Tag vorgestellten Aktionsplan für Öko-Innovationen das Pilotprogramm zur Überprüfung von Umwelttechnologien (ETV – Environmental Technology Verification) vorgelegt. Durch das ETV soll die Effektivität und Effizienz von innovativen Umwelttechnologien durch unabhängige Stellen überprüft werden. Zielgruppe für ETV sind vor allem KMU, die es im Gegensatz zu großen Unternehmen in der Regel schwerer haben, Nachweise für die Leistung bzw. Marktreife ihrer neuen Umwelttechnologien zu erbringen.

ETV-Webseite:

<http://ec.europa.eu/environment/etv/index.htm>

European co-operation for Accreditation:

<http://www.european-accreditation.org/content/home/home.htm>

Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP):

http://ec.europa.eu/cip/index_en.htm

KOMMISSION SCHLÄGT VERORDNUNG ÜBER KFZ-GERÄUSCHPEGEL VOR

Die Kommission hat am 09.12.2011 einen Vorschlag für eine Verordnung über den Geräuschpegel von Kfz vorgelegt. Neben der mehrstufigen Senkung von Geräuschgrenzwerten für alle Fahrzeugtypen plant die Kommission die Einführung eines neuen, realitätsnäheren Messverfahrens. Ein weiterer Aspekt des Vorschlags sind Bestimmungen zu Mindestgeräuschen von Elektro- und Hybridelektrofahrzeugen. Sie sollen aus Sicherheitsgründen harmonisiert werden, da sie Fußgängern zur Orientierung dienen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).



http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/automotive/files/com-2011-856_en.pdf

KOMMISSION STELLT DAS NEUE LIFE PROGRAMM 2014 - 2020 VOR

Am 12.12.2011 hat die Kommission ihren Vorschlag für das neue Umweltförderprogramm LIFE veröffentlicht. Der neue Verordnungsvorschlag (KOM(2011) 874 endgültig) zur Aufstellung des Programms für Umwelt- und Klimapolitik (LIFE) hat ein Gesamtbudget von 3,2 Mrd. € (von 2014 bis 2020) und soll auf den Erfolgen des derzeit laufenden LIFE+ Programms aufbauen. Mit dem neuen Programm wird das Förderspektrum inhaltlich erweitert, so können zukünftig auch Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigt werden. Allerdings können Öko-Innovationen nicht länger durch LIFE direkt gefördert werden, entsprechende Programme werden dafür durch das neue Forschungsprogramm „Horizon 2020“ (s. EB 21/11) erfasst.

LIFE-Verordnungsentwurf:

http://ec.europa.eu/environment/life/about/documents/COMM_PDF_COM_2011_0874_F_DE.pdf?reference=IP/11/1526&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en

NATURA 2000-Finanzierung:

http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/financing/docs/financing_natura2000.pdf

6. BERICHT ZUR UMSETZUNG DER ABWASSER-RICHTLINIE VORGELEGT

Am 13.12.2011 hat die Kommission den sechsten Bericht (für die Jahre 2007 - 2008) zur Umsetzung der Abwasser-Richtlinie vorgestellt. Demnach verzeichnet der Umgang mit Abwässern in Europa zwar im allgemeinen Fortschritte, allerdings bestehen noch immer große Qualitätsunterschiede und es gibt immer noch Mitgliedstaaten, die die Richtlinie noch nicht vollständig umgesetzt haben. Der Bericht zeigt, dass die seit langem der EU angehörenden Mitgliedstaaten (EU-15), meist über hohe Standards bei der Abwasserbehandlung verfügen und die neueren Mitgliedstaaten (EU-12) sich bei der Sammlung und Aufbereitung von Abwasser insgesamt verbessert haben. Die Ergebnisse des Berichts werden in die laufenden Arbeiten zur Verbesserung der EU-Wasserpolitiken im „Blueprint 2012“ (EB 21/12) einfließen.

http://ec.europa.eu/environment/water/water-urbanwaste/implementation/pdf/SEC_2011_1561_F_EN.pdf



BESSERES KRISENMANAGEMENT BEI GRENZÜBERSCHREITENDEN GESUNDHEITSBEDROHUNGEN

Die Kommission hat am 08.12.2011 einen Gesetzgebungsvorschlag vorgelegt, um die Krisenreaktion der EU bei schwerwiegenden grenzüberschreitenden Gesundheitsbedrohungen besser zu koordinieren. Aufbauend auf den Erfahrungen mit der H1N1-Pandemie 2009, der Vulkanaschewolke 2010 und dem EHEC-Ausbruch 2011 sollen bestehende Koordinierungsstrukturen gestärkt werden, um die Menschen in Europa umfassend vor Bedrohungen aufgrund von biologischen, chemischen, umweltbedingten sowie unbekanntem Ursachen schützen zu können. Nicht erfasst sind radiologische oder nukleare Risiken, da diese dem EURATOM-Vertrag unterliegen. Im Folgenden diskutieren das EP und der Rat über den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

http://ec.europa.eu/health/preparedness_response/policy/hsi/index_en.htm

Gesundheitssicherheitsausschuss:

http://ec.europa.eu/health/preparedness_response/risk_management/hsc/index_en.htm

KOMMISSION MODERNISIERT BERUFSANERKENNUNGS-RICHTLINIE

Nach dem im Juni dieses Jahres veröffentlichten Grünbuch hat die Kommission darauf aufbauend am 19.12.2011 ihren Vorschlag zur Modernisierung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen vorgelegt (siehe Beitrag des ff. StMAS in diesem EB). Ziel des Gesetzgebungsvorschlages ist es, die Mobilität von Berufstätigen durch ein schnelleres, einfacheres und zuverlässigeres System für die Anerkennung beruflicher Qualifikationen zu erhöhen und damit der wachsenden Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften in der EU zu begegnen. Gleichzeitig soll ein hohes Qualifikationsniveau beibehalten werden. Das EP und der Rat werden im Jahr 2012 den Vorschlag beraten und möglicherweise bis zum Ende des nächsten Jahres eine Einigung erzielen.

Gesetzestext und weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/internal_market/qualifications/policy_developments/index_de.htm

Häufig gestellte Fragen:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/923&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



KENNZEICHNUNGSREGELUNGEN FÜR SCHAFE UND ZIEGEN VERSCHOBEN

Am 06.12.2011 haben die Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit einen Vorschlag der Kommission gebilligt, nach dem die verpflichtende Registrierung der individuellen Kenncodes bei der Verbringung von Schafen und Ziegen, die vor dem 01.01.2010 geboren wurden, erst ab 2015 eingeführt und damit um drei Jahre verschoben werden soll. Die Kommission muss die entsprechende Änderung der Verordnung (EG) Nr. 21/2004 nun nur noch formal annehmen. Danach können Tierhalter die Bewegungen von kleinen Wiederkäuern, die vor dem 01.01.2010 geboren wurden, bis Ende 2014 weiterhin gruppenweise melden, was im Vergleich zu einer individuellen Registrierung mit weniger Verwaltungsaufwand und Kosten verbunden ist.

Mitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEX/11/1208&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/food/animal/identification/ovine/electronic_id_de.htm

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

TELEKOMMUNIKATIONSMINISTER EINIGEN SICH ÜBER ERSTES FUNKFREQUENZ-POLITISCHES PROGRAMM UND VERABSCHIEDEN SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUR NETZNEUTRALITÄT

Der Rat der Telekommunikationsminister hat am 13.12.2011 den im Trilog mit Kommission und EP gefundenen Kompromiss zum mehrjährigen Funkfrequenzpolitischen Programm (RSPP) angenommen (EB 19/11). Die Abstimmung des EP hierzu soll im Februar 2012 erfolgen. Bis 2013 soll danach das 800-MHz-Band für mobiles Breitband zur Verfügung stehen und eine Inventarisierung der jetzigen Frequenznutzung erfolgen, damit künftig auch Bewohner entlegener Gebiete schnelle Breitbandverbindungen nutzen können. Außerdem verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen zur Netzneutralität, in denen er ein offenes Internet und Netzneutralität als zentrales politisches Ziel formulierte (EB 20/11).

Rats-Pressinformation:



<http://www.consilium.europa.eu/press/press-releases/latest-press-releases/newsroomloaddocument?id=&lang=de&directory=en/trans/&fileName=126899.pdf>

Schlussfolgerungen Netzneutralität:

<http://www.consilium.europa.eu/press/press-releases/latest-press-releases/newsroomloaddocument?id=363&lang=de&directory=en/trans/&fileName=126890.pdf>

KOMMISSIONSVORSCHLÄGE ZUR OPEN DATA STRATEGIE

Am 12.12.2011 hat die Kommission eine Strategie für offene Daten in Europa vorgestellt. Zentrales Element ist die Überarbeitung der Richtlinie 2013/98/EG über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors zur Steigerung der Transparenz der staatlichen Verwaltung. Neu ist dabei der Vorschlag, den Anwendungsbereich auf staatliche Museen, Archive und Bibliotheken, für die bisher eine generelle Ausnahmeklausel bestand, auszuweiten. Künftig sollen damit auch öffentlich zugängliche digitalisierte Kunstwerke, Urkunden oder literarische Werke Dritten kostengünstig oder sogar kostenfrei für kommerzielle und nicht-kommerzielle Verwertung zur Verfügung stehen.

Kommissionsmitteilung:

http://ec.europa.eu/information_society/policy/psi/docs/pdfs/opendata2012/open_data_communication/opendata_DE.pdf

Vorschlag für Änderungsrichtlinie:

http://ec.europa.eu/information_society/policy/psi/docs/pdfs/opendata2012/revision_of_PSI_Directive/proposal_directive_DE.pdf

KROES ERNENNT KARL-THEODOR ZU GUTTENBERG ZUM BERATER IM RAHMEN DER „NO-DISCONNECT“-STRATEGIE

Die Vizepräsidentin der Kommission und für die Digitale Agenda zuständige Kommissarin *Neelie Kroes* hat am 12.12.2011 den ehemaligen deutschen Wirtschafts- und Verteidigungsminister *Karl-Theodor zu Guttenberg* zum Beauftragten für den Schutz von Internetnutzern und -Aktivisten in autoritären Regimen ernannt. Dieses Mandatierung, so *Kroes*, sei Schlüsselement der neuen sog. „No-Disconnect“-Strategie, mit der sich die EU für die Wahrung von Menschenrechten und fundamentalen Freiheiten sowohl online als auch offline einsetzen möchte. Die Aufgabe *Guttenbergs* soll dabei sein, mit engagierten



Mitgliedstaaten, Drittländern und NGOs in Kontakt zu treten und diese mit Ratschlägen bei der koordinierten und effektiven Umsetzung der Kommissionsstrategie zu unterstützen.

Kroes' Rede auf der Pressekonferenz am 12.12.2011:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/873&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Pressemitteilung von *Kammerevert* und *Rapkay*:

http://www.spd-europa.de/news-anzeige/archive/2011/december/article/bernhard-rapkay-und-petra-kammerevert-kommission-darf-kein-handlanger-fuer-politische-comeback-vers.html?tx_ttnews%5Bday%5D=20&cHash=b5c80687d0

Kommissionsmitteilung: „A Partnership for Democracy and Shared Prosperity with the Southern Mediterranean“ (COM(2011)200):

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0200:FIN:EN:PDF>

EUROSTAT VERÖFFENTLICHT BERICHT ZU INTERNETZUGANG UND INTERNETNUTZUNG IM JAHR 2011

Laut dem Bericht des Europäischen Statistischen Amtes Eurostat verfügten im ersten Quartal 2011 beinahe drei Viertel aller Haushalte der EU und damit fast doppelt so viele wie im Jahr 2006 über einen Internetzugang. Der Anteil der Haushalte mit einer Breitbandverbindung hat sich in den letzten fünf Jahren sogar mehr als verdoppelt und beträgt nunmehr 68 %.

Der vollständige Bericht ist abrufbar unter:

<http://ec.europa.eu/eurostat/ict>

EUROPÄISCHE BEOBACHTUNGSSTELLE FÜR MARKEN- UND PRODUKTPIRATERIE DISKUTIERT FRAGEN DES RECHTES AUF GEISTIGES EIGENTUM

Am 08./09.12.2011 trafen sich die mitgliedstaatlichen Vertreter der Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie in Warschau. Im Rahmen dieses unter polnischer Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der Kommission organisierten Expertentreffens wurden angesichts der Bedeutung für die europäische Wirtschaft auch Fragen des geistigen Eigentums und aktuelle Entwicklungstendenzen in diesem Bereich diskutiert (EB 20/11).

Weitere Informationen zum Treffen in Warschau:



<http://pl2011.eu/de/content/das-eu-mitgliedslaender-treffen-der-europaeische-beobachtungsstelle-fuer-marken-und-produktp>

<http://pl2011.eu/de/content/europaeische-beobachtungsstelle-fuer-marken-und-produktpiraterie>

Näheres zur Europäischen Beobachtungsstelle für Marken- und Produktpiraterie

http://ec.europa.eu/internal_market/iprenforcement/observatory/index_de.htm#news

EUGH BESTÄTIGT KOMMISSIONSENTSCHEIDUNG ZUR SONDERSTEU- ERREGELUNG FÜR FRANCE TÉLÉCOM

Mit Urteil vom 08.12.2011 erklärte der EuGH (Rechtssache C-81/10P) die der France Télécom zwischen 1994 und 2002 gewährte Steuervergünstigung als mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar. Damit wies der Gerichtshof die Klage des Konzerns auf Aufhebung des Urteils des Gerichtes erster Instanz (EuG) von 2009 zurück, das die Beihilfeentscheidung der Kommission von 2004 bestätigt hatte. Nun muss France Télécom mit Rückzahlungen in Höhe von bis zu rund 1 Mrd. € rechnen.

Das EuGH-Urteil ist abrufbar unter:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=116125&pageIndex=0&doclang=DE&mode=doc&dir=&occ=first&part=1&cid=147315>